

Ä2 Leitantrag: Mehr für viele, statt für wenige

Antragsteller*in: Leni Walmroth (KV Koblenz)

Änderungsantrag zu A2

Nach Zeile 47 löschen:

Nach Zeile 69 einfügen:

- Gesundheitsversorgung für trans-Menschen sicherstellen: Ärzt*innen müssen ausreichend geschult sein, um trans-Patient*innen angemessen behandeln zu können. Stigmatisierungen, Trans-Feindlichkeit oder sonstige Diskriminierungen dürfen vor allem an solch privaten Orten keinen Platz haben!

Von Zeile 129 bis 130 einfügen:

- Ein kostenloses D-Ticket für Schüler:innen, Student*innen, Azubis und Menschen in prekären Lebenssituationen

Nach Zeile 135 einfügen:

- Tausch Führerschein gegen kostenloses D-Ticket: Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, vor allem für ältere Menschen, ihren Führerschein gegen ein kostenloses, lebenslanges D-Ticket tauschen zu können.

Nach Zeile 170:

- Geschlechtsspezifische Gewalt gezielt bekämpfen: Dazu gehören unter anderem Aus- und Fortbildungen für Polizeikräfte sowie aller Menschen im Gesundheitswesen, die in Kontakt mit von Gewalt Betroffenen treten könnten, eine Datenerhebung und -Auswertung bezüglich geschlechtsspezifischer Gewalt, um gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Situation entwickeln zu können, das Ausbauen von Angeboten zur Täterarbeit und die Berücksichtigung besonderer gefährdeter Frauen, die auf Zugang zu möglichst niedrigschwelligen Hilfsangeboten angewiesen sind.

Nach Zeile 196 einfügen:

Obdachlosigkeit konsequent bis 2030 beenden

Zu Menschen in der Obdachlosigkeit zählen nicht nur die, die auf der Straße leben, sondern alle, die keinen festen Mietvertrag oder Eigentum aufweisen können. Das Leben ohne eigene Wohnung birgt viele Risiken und erschwert unter anderem die weitere Wohnungssuche, die soziale Teilhabe und gefährdet die Gesundheit. Je länger Menschen ohne Wohnung leben, desto größer sind die Risiken für chronische oder psychische Erkrankungen.

Sowohl die EU als auch unsere Bundesregierung haben sich zum Ziel gesetzt, die Wohnungslosigkeit

bis 2030 zu überwinden.

Dieses Ziel wollen wir mit diesen Forderungen auch in Rheinland-Pfalz umsetzen:

- niedrigschwellige Angebote für Obdachlose, vor allem für obdachlose Frauen, schaffen: wohnungslose Frauen sind viel eher vom Gewalt betroffen als obdachlose Männer. Gewalt ist auch häufig ein Grund, warum Frauen überhaupt in die Obdachlosigkeit abrutschen.
- Housing first: Obdachlose Personen oder Familien brauchen als erstes eine stabile Unterkunft, alle anderen Angelegenheiten können danach angegangen werden. Dazu muss jedoch die Sozialarbeit unbedingt auch nach dem Einzug in die eigene Wohnung weitergeführt werden.
- Mehr Wohnungen bauen: Logisch, wer Wohnungslosigkeit bekämpfen will, braucht genügend Wohnungen! Dazu gehört aber auch die Bekämpfung des Leerstandes, der in vielen Kommunen herrscht.
- Kälte und -Hitzeschutz anbieten: Obdachlosigkeit zu bekämpfen ist ein langer Prozess, bis dahin müssen die Betroffenen weiterhin vor Hitze und Kälte geschützt werden. Diese Maßnahmen müssen stärker finanziert und ausgebaut werden, damit sie nicht auf den Schultern der Ehrenamtlichen hängenbleiben.